

Betreff:

Hainweg baureif machen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 16.09.2011 -

Antragstext:

Die Investorengruppe Bouwfonds / FRANK / Terramag ist an der baulichen Entwicklung der im gültigen Flächennutzungsplan ausgewiesenen Siedlungserweiterungsfläche „Hainweg“ in Wiesbaden-Nordenstadt in ein Wohngebiet interessiert.

Die Investorengruppe hat zu diesem Zweck - auf der Grundlage eines vom Stadtplanungsamt herausgegeben „Gebietsbriefs“ - mit Unterstützung der SEG eine städtebauliche Konzeptstudie (Anlage) vorgelegt, die für die Gebietsentwicklung von folgenden wesentlichen Planungsparametern ausgeht:

- Errichtung von ca. 650 Wohneinheiten, in Form von Reihenhäusern, Doppelhäusern und freistehenden EFH sowie einem Anteil an Geschosswohnungsbauten von ca. 20 % des geplanten Wohnungsbestands
- Übertragung von öffentlichen Gemeinbedarfsflächen (Erschließungsstraßen und Grünflächen) auf die Stadt in einer Größenordnung von ca. 25 % des Bruttobaulands
- Zudem die Ausweisung eines Grundstücks für Gemeinbedarfszwecke (Kindertagesstätte u. ä.)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die zügige Ausweisung und Erschließung von neuem Bauland zur Versorgung der Wiesbadener Bevölkerung mit Wohnraum in den nächsten Jahren gehört zu den dringenden Aufgaben der Landeshauptstadt.
2. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die vorgestellten Planungsziele als Grundlage einer Planung für den Hainweg ausdrücklich.
3. Der Magistrat wird gebeten, zwischen der Investorengruppe und der Landeshauptstadt Wiesbaden eine Absichtserklärung (Letter of Intent) zu vereinbaren, soweit die Investorengruppe zuvor die Mitwirkungsbereitschaft aller Grundstückseigentümer nachgewiesen hat. Diese soll auf der Grundlage der vorstehend genannten Planungsziele den Abschluss eines städtebaulichen Vertrags nach § 11 BauGB vorbereiten, in dem sich die Investorengruppe gegenüber der Stadt mindestens zu folgenden Leistungen verpflichtet:
 - Vorbereitung der Bauleitplanung (Bebauungsplan)
 -
 - Durchführung eines offenen Gutachterverfahrens zur abschließenden Klärung des städtebaulichen Konzepts

Antrag Nr. 11-F-33-0032

CDU + SPD

- Vorlage eines Lärmschutzkonzepts; in die notwendigen Untersuchungen zur Begrenzung von Lärmimmissionen ist die Verwendung des anfallenden Erdaushubs zur Verlängerung des Lärmschutz-Erdwalls entlang der A 66 einzubeziehen.
 - Durchführung der Bodenordnung (Baulandumlegung)
 - Bau der notwendigen öffentlichen Erschließungsanlagen, einschließlich Westring (Straßen, Entwässerungsanlagen und Grünanlagen)
 - einen finanziellen Beitrag zur Realisierung der Lösungsstrategien zu leisten, die von Seiten der Stadt zur Vermeidung zusätzlicher Verkehre für die angrenzenden Ortsteile entwickelt und im Zusammenhang mit der Baumaßnahme umgesetzt werden.
 - Vorlage eines Energieversorgungskonzepts unter Einbeziehung des angrenzenden Gewerbegebiets; die Errichtung eines Blockheizkraftwerks oder effektiverer Technologien ist in diesem Zusammenhang zu prüfen
 - Durchführung ökologischer Ausgleichsmaßnahmen
 - Beitrag zur Herstellung der sozialen Infrastruktur (Kindertagesstätten, Schulen)
 - Vereinbarung verbindlicher Zeitziele zur Gewährleistung einer zeitnahen Realisierung der planerischen Aufgaben insbesondere aber auch die Vereinbarung eines Zeitziels für die bauliche Umsetzung bis zur Bezugsfertigkeit.
4. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, den mit der Investorengruppe abzuschließenden städtebaulichen Vertrag sowie die Beschlussvorlage zur Aufstellung eines Bebauungsplans im ersten Halbjahr 2012 der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Wiesbaden, 16.09.2011

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Sven Gerich
Fraktionsvorsitzender
(SPD-Fraktion)

Thomas Kroppen
Geschäftsführer

Thomas Schreier
Geschäftsführer (kom.)